

Nr. 3671/J

II - 7515 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1992 -10- 16

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Feurstein
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend unzumutbare Vorgangsweise der Finanzbehörden

Die Vollstreckungsbehörden der Finanzverwaltung haben anscheinend keine Vorkehrungen getroffen, sicherzustellen, daß - bevor sie zu Vollstreckungsmaßnahmen greifen - der Zahlungsverpflichtete auch wirklich erfährt, daß er hinsichtlich seiner Abgabenschuldigkeiten im Rückstand ist. So wurde einem Abgabenschuldigen, nachdem anscheinend die an seinen verstorbenen Vater gerichteten Zahlungsvorschreibungen nicht bezahlt wurden, der Vollstrecker ins Haus geschickt, bevor er überhaupt darüber informiert wurde, daß er als Erbe nunmehr Abgabenrückstände zu begleichen habe.

Angesichts dieser unverständlichen Vorgangsweise der Finanzbehörden stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Wieso schreitet die Finanzbehörde zur Vollstreckung von Abgabenrückständen, ohne daß vorher dem Abgabenschuldigen ein Zahlschein sowie eine Mahnung zugestellt wird?
2. Was werden Sie unternehmen, um diese unzumutbare Vorgangsweise abzustellen?
3. Wie verantworten Sie eine derartige rufschädigende Vorgangsweise der Finanzbehörden gegenüber dem Abgabenschuldigen?